

2007-07-04

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 23.05.2007

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Raum 228

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Ehm, Lothar
Gebhardt, Roland
Göring, Christoph
Kolze, Jens
Mrosek, Andreas
Schnirch, Carina

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Schönemann, Ralf

Fraktion der SPD

Sachse, Hans-Christian

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Giese-Rehm, Stefan

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied Freie Wähler

Scholz, Klaus

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Nußbeck begrüßte die Mitglieder und Gäste des Haushalts- und Finanzausschusses und stellte die form- und fristgerechte Ladung fest.

Zu Beginn der Sitzung erfolgte durch Frau Nußbeck der Hinweis, dass der Ausschuss am 24.05.2007 nicht wie geplant im Beratungsraum 270, sondern im Beratungsraum 228 stattfindet.

2. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und der Beigeordneten

Anfragen und Informationen wurden nicht vorgebracht.

3. Öffentliche Beschlussfassungen und Informationen

3.1. Beratung zum Entwurf des Haushaltsplanes 2007 BV 139/2007/II-20 Vorlage: BV/139/2007/II-20

3.1.1. Vermögenshaushalt 2007

Der Vermögenshaushalt ist mit 50.022.400 EUR im Jahr 2007 in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Unter Hinweis auf die im Vorbericht, Seite 63, dargestellte Analyse der Struktur der Einnahmen des Vermögenshaushaltes erläuterte Frau Nußbeck, dass

- die Zuführungen vom Verwaltungshaushalt	2.767.900 EUR
- die Entnahmen aus Rücklagen	54.500 EUR
- Rückflüsse von Darlehen	2.981.300 EUR
- Einnahmen aus Veräußerungen von Anlagevermögen	3.533.300 EUR
- Beiträge und ähnliche Entgelte	1.686.600 EUR
- Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	27.671.300 EUR
- Einnahmen aus Krediten	11.327.500 EUR

betragen.

Aus der auf der Seite 64 dargestellten Struktur des Vermögenshaushaltes sei ersichtlich, dass dieser seit dem Jahr 2003 in den Einnahmen und Ausgaben stetig steigend sei. Eine wesentliche Ursache sei, dass die Stadt die Investitionshilfe in voller Höhe für Investitionen verwende und nicht mehr für den Verwaltungshaushalt zum Ausgleich des Defizits. Frau Nußbeck erläuterte weiter, dass daraus resultierend die Fördermittel erheblich steigen, da die Stadt in der Lage sei, durch die Finanzierung von Eigenmitteln erheblich mehr Investitionen durchführen zu können.

Im Anschluss an diese einführenden Worte gab Frau Nußbeck die Diskussion zu den Einzelplänen des Vermögenshaushaltes frei.

Einzelplan 0 – Allgemeine Verwaltung

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 1 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Es wurden keine Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 2 – Schulen

Seite 565

UA 21204/HHSt. 94002

Generalsanierung, einschl. Sporthalle, Sekundarschule „Friedrich Schiller“, Ringstraße 48

Frau Nußbeck übergab das Wort an Herrn Wolfram, amt. Sozialdezernent, für einige erläuternde Ausführungen.

Herr Wolfram erläuterte, dass diese Maßnahme mit 80 TEUR in den Einnahmen und 100 TEUR in den Ausgaben enthalten sei. Das Kultusministerium habe sich bislang noch nicht zur Förderrichtlinie geäußert. Verlässlich sei nur die Aussage zum Vorhandensein eines entsprechenden Investitionsprogramms. Entsprechende Konsultationen mit dem Kultusministerium sind geführt worden. Im Übrigen sei eine Studie vorhanden, die auf der Grundlage der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung nachweise, dass der Standort Ringschule der gegenüber der Schule Flössergasse bevorzugte Standort sei und in den vorhandenen Räumlichkeiten ausreichend etabliert werden könne.

Die Anfrage von Herrn Dr. Schmidt zur außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung für 2008 und die Gesamtkosten der Maßnahme in Höhe von 5,58 Mio. EUR wurde durch Herrn Wolfram bejaht und erneut auf die vorliegende Studie verwiesen. Frau Nußbeck ergänzte, dass die Verpflichtungsermächtigung aus jetziger Sicht nicht in Anspruch genommen werde.

Seite 566

UA 21205/HHSt. 93501

Ausstattung nach Generalsanierung Sekundarschule „Zoberberg“ Ganztagschule

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt, ob die Ausstattung der Bibliothek mit in den Kosten für die Ausstattung nach Fertigstellung der Ganztagschule enthalten sei, erläuterte Herr Wolfram, dass dem nicht so sei. Die Ausstattung für die Bibliothek sei insoweit abgesichert, dass alle festen Einbauten mit enthalten seien, aber nicht das Regalsystem. Durch das Fachamt wurde diesbezüglich eine Erhebung erarbeitet, die schlussendlich einen Kostenbedarf für das Regalsystem von 18.000 EUR ermittelte. Die Ausstattung für die Bibliothek sei nicht förderfähig, so Herr Wolfram weiter, weil diese nicht unter das Förderprogramm Ganztagschulen falle. Es bleibe also nur die Möglichkeit, diese benötigten Mittel in den Haushalt 2008 einzustellen. Zeitlich sei dies kein Problem.

Seite 571

UA 23060/HHSt. 94002

Gymnasium Philantropinum – Ersatzneubau Sporthalle

Herr Wolfram erläuterte, dass im Rahmen der Sportstättenförderung eine Förderung von 30 % möglich sei. Entsprechende Beantragungen seien eingereicht und diese Maßnahme sei Bestandteil der Prioritätenliste beim Sozialministerium. Die Planung könne aber erst dann in Auftrag gegeben werden, wenn die Deckung durch den Haushalt vorliege.

Zum Einzelplan 2 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 3 – Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Seite 588

UA 32120/HHSt. 93501

Erwerb von restituierten Kunstgegenständen

Frau Nußbeck übergab das Wort an Herrn Lambrecht, Amtsleiter für Kultur, Tourismus und Sport für erläuternde Ausführungen.

Herr Lambrecht führte aus, dass es diesbezüglich eine entsprechende Beschlussvorlage für den politischen Raum geben werde. Es handele sich hier um 12 für die Anhaltische Gemäldegalerie und die Kulturstiftung Anhalt sehr wichtige Bilder aus dem Besitz der Familie von Anhalt. Es sei beabsichtigt, diese Bilder mit Hilfe der Kulturstiftung der Länder, der Kulturstiftung Sachsen-Anhalt, der Sparkassenstiftung und Lotto Toto zurückzukaufen. Der Eigenanteil der Stadt betrage 50 TEUR.

Frau Nußbeck ergänzte, dass es sich hier um eine Fördermittelquote von 95 % handle.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Seite 589

UA 32130/HHSt. 93507

Erwerb der Eisenkunstgussammlung des Dessauer Sammlers Ewald Barth

Herr Lambrecht erläuterte, dass die entsprechende Beschlussvorlage u. a. am 30.05.2007 dem Finanzausschuss und am 20.06.2007 dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werde. Auch hier beantrage der Eigenanteil 50 TEUR, die Restsumme von 550 TEUR stellen die gleichen Institutionen wie beim Erwerb der vorgenannten 12 Bilder derer von Anhalt zur Verfügung.

Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Seite 597

UA 36500/HHSt. 98800

Beihilfe für private Denkmalpflegeobjekte

Herr Dr. Schmidt beantragte die Wiedereinstellung von 10 TEUR als Zuschuss für private Denkmalobjekte.

Frau Nußbeck machte deutlich, dass dies einer entsprechenden Deckung bedarf und somit zu Lasten einer anderen Maßnahme gehen würde. Herr Dr. Schmidt verwies darauf, dass er im Zuge der weiteren Diskussion zwei Deckungsvorschläge unterbreiten werde.

Frau Nußbeck erklärte, dass dieser Antrag formal und unter Vorbehalt einer Deckung aufgenommen und intern geprüft werde.

Zum Einzelplan 3 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 4 – Soziale Sicherung

Frau Nußbeck lenkte das Augenmerk auf die

Seite 607

UA 45150/HHSt. 94016

Bau Spielscheune Kinderfreizeiteinrichtung Rodleben.

Und zwar handele es sich hier um eine Unterposition den Ortsteil Rodleben betreffend.

Bekannt sei ja, so Frau Nußbeck, dass es mit Rodleben einen Gebietsänderungsvertrag gebe. In diesem Vertrag seien bestimmte Zusagen vereinbart worden, und zwar auch hinsichtlich von Investitionen. Der Gebietsänderungsvertrag beinhalte einen Paragraphen, der für die Jahresscheiben exakt bestimmte Investitionen mit einem Wertumfang benenne, die die Gemeinde Rodleben zum Vertragsabschluss in 2004 gesichert haben wollte. Zwischenzeitlich haben sich der Investitionsbedarf und die –Notwendigkeit verschoben und einige Investitionen, die in diesem GÄV geregelt wurden, seien nicht mehr notwendig.

Frau Nußbeck erläuterte weiter, dass der Ortsteil Rodleben nun beabsichtige, im Rahmen seines Budgets eine sog. Spielscheune zu errichten. Die im Plan enthaltenen 44 TEUR seien zunächst für eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung – Machbarkeitsstudie vorgesehen und in den Folgejahren soll dann eine solche Spielscheune in Rodleben entstehen.

Frau Nußbeck machte deutlich, dass klar sei, dass man sich mit dieser Wirtschaftlichkeitsstudie im politischen Raum auseinandersetzen müsse. Trotz der Vereinbarungen des Gebietsänderungsvertrages müsse ernsthaft über den Sinn einer solchen Investition für die Zukunft nachgedacht werden.

Herr Bönecke nahm Bezug auf die Aussagen zur Erstellung einer Wirtschaftlichkeitsstudie und erfragte, inwieweit bereits ein Betreiberkonzept vorliege.

Frau Nußbeck führte aus, dass es bislang noch kein Betreiberkonzept gebe. Rodleben habe im vergangenen Jahr einen Planer damit beauftragt, der mit diesen Betrachtungen überfordert war. Es gab Entwürfe und Vergleiche mit anderen Anlagen, beispielhaft seien hier Zahlen eingeflossen. Diese vorgelegte Untersuchung sei aber aus Sicht der Verwaltung in keiner Weise belastbar. Aus diesem Grund habe man dieses Betreiberkonzept gefordert, welches aus Sicht der Verwaltung dann nicht nur eine Entscheidung des Ortschaftsrates sei, sondern der Betrachtung und Entscheidung durch den politischen Raum bedarf, zumal es sich hier um den Haushalt der Stadt Dessau handele.

Auf die weiteren Anfragen mehrerer Stadträte hinsichtlich mehr Informationen diese Maßnahme betreffend erklärte Frau Nußbeck, dass der Ortschaftsrat selbst konkrete Vorstellungen habe. Was nicht dazu passe, war das vorgelegte Betreibungskonzept.

Im Zusammenhang mit dem Ortsteil Rodleben erbat Frau Lohde eine Darstellung, wie sich die Schließung des Schlachthofes in Rodleben finanziell auf den Haushalt auswirke. Frau Nußbeck sagte die Zurverfügungstellung des gesamten Steuerbildes von Rodleben zu.

Herr Eichelberg machte deutlich, dass eine derartige Maßnahme in der jetzigen Haushaltssituation nicht tragbar sei und auf keinen Fall seine Zustimmung bekomme. Im Übrigen sei eine solche Maßnahme Sache des Stadtrates und nicht des Ortschaftsrates.

Frau Nußbeck bedauerte, dass der Ortsbürgermeister, Herr Rumpf, heute nicht anwesend sei. Es sei diesbezüglich dringend erforderlich, dass der politische Raum seinen Standpunkt gegenüber dem Ortschaftsrat verdeutliche.

Im Weiteren schlug Frau Nußbeck vor, den Fraktionen jeweils ein Exemplar der Unterlagen des Gebietsänderungsvertrages mit Rodleben zur Verfügung zu stellen, um einen Einblick in die gegenüber Rodleben gemachten Zusagen zu bekommen.

Im Übrigen, so Frau Nußbeck, gebe es eine Einschränkung hinsichtlich der gemachten Zusagen. Es gebe einen Vermerk, dass die Investitionen zugesagt seien, soweit es die Haushaltslage zulasse.

Herr Dr. Schmidt betonte, dass man sich schon an gemachte Zusagen halten müsse, dennoch müsse man mögliche Folgekosten einer solchen Investition mit betrachten. Und dies bedinge eine genaue Prüfung dieser Maßnahme. Im Übrigen seien seiner Meinung nach 44 TEUR für die Erstellung eines Konzeptes zu hoch gegriffen.

Herr Göricke verwies auf eine in der Stadt Zerbst bereits vorhandene Spielscheune, die mit der Hälfte der hier für Rodleben angesetzten Mittel errichtet wurde. Seiner Meinung nach müsse man sich hier an der Stadt Zerbst orientieren und dass würde die Kosten für eine solche Maßnahme erheblich sinken lassen.

Frau Nußbeck nahm als Abschluss der Diskussion den durch Herrn Wolfram gemachten Vorschlag auf, an diese Ausgabeposition einen Sperrvermerk zu binden und im Weiteren die Aufgabenstellung und das vorzulegende Betreiberkonzept im Haushalts- und Finanzausschuss, im Jugendhilfeausschuss und möglicherweise im Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt zu diskutieren. Ohne Beschlussfassung durch die Fachausschüsse erfolge keine Freigabe der Mittel. Die Mitglieder des Ausschusses stimmten diesem Vorschlag zu.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 4 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 5 – Gesundheit, Sport, Erholung

Herr Eichelberg wies hinsichtlich der

Seite 623

UA 56010/HHSt. 98801

darauf hin, dass die Bezeichnung TuS Mildensee zu korrigieren sei. Hier handele es sich um den SV Mildensee.

Seite 627UA 56099/HHSt. 94010Medientrennung Sporthalle Mildensee

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt erläuterte Herr Wolfram, dass diese Maßnahme mit dem Schulobjekt zusammenhänge. Die Schule werde nicht mehr betrieben, die Turnhalle aber eben durch diverse Sport- und Kulturvereine.

Seite 634UA 57210 - Südschwimmhalle

Auf Anfrage von Frau Ehlert zum Stand und weiteren Verfahrensweise der Sanierung der Südschwimmhalle erläuterte Herr Lambrecht unter Hinweis auf ein vom Stadtrat beschlossenes Bäderkonzept, dass auch weiterhin an dieser Maßnahme festgehalten werde. Die derzeitige Haushaltslage lasse dies momentan aber nicht zu. Sollte es zukünftig entsprechende Förderprogramme geben, werde man diese Maßnahme sofort aufnehmen.

Weitere Anfragen zum Einzelplan 5 wurden nicht vorgebracht.

Einzelplan 6 – Bau- und Wohnungswesen, VerkehrSeite 655UA 61510/HHSt. 94003Sanierung Stadtschwimmhalle

Auf Anfrage von Herrn Bönecke, die hier dargestellten Mittel für die Sanierung Stadtschwimmhalle betreffend erläuterte Frau Wirth, Amtsleiterin Amt für Stadtfinanzen, dass es sich um Restleistungen handele, die kassentechnisch im Jahr 2007 fällig werden.

Seite 657UA 61530/HHSt. 94022Abriss Wörlitzer Platz 2

Herr Dr. Schmidt nahm seinen Antrag auf Einstellung von 10 TEUR für private Denkmalpflege auf und schlug als ersten Deckungsvorschlag vor, die Mittel aus der Maßnahme „Abriss Wörlitzer Platz 2“ bereitzustellen.

Herr Tschada, amt. Beigeordneter für Bauwesen und Umwelt, machte deutlich, dass diese Mittel im Zusammenhang mit der beabsichtigten Einrichtung eines Technischen Rathauses in Roßlau stehen. Diese Mittel werden für die Planung der weiteren Vorgehensweise benötigt, da der Abriss des Gebäudes in 2008 beabsichtigt sei.

Seite 662UA 61531/HHSt. 98840Zuschuss an Wasserturm e. V. für Notsicherung Wasserturm

Auf Anfrage von Herrn Göricke zum Zuschuss für den Wasserturm übergab Frau Nußbeck das Wort an Frau Pucknat, Amtsleiterin des Bauverwaltungsamtes.

Frau Pucknat erläuterte, dass es sich hier um eine Fördermaßnahme aus dem Stadtumbau-Ost-Programm handele, und zwar, weil es im Zusammenhang mit den aktuellen Förderbedingungen hier eine höhere Förderung gebe. Ein Antrag auf Förderung der Maßnahme wurde beim Land gestellt. Hierbei handele es sich um eine 100 %ige Förderung.

Auf die weitere Anfrage von Herrn Göricke, warum die Stadt hier Antragsteller sei, erläuterte Frau Pucknat, dass die Förderung entsprechend der Richtlinien über die Stadt laufen müsse und der Bescheid an den Verein dann weiter geleitet werde. Es handele sich hier also um einen Durchlaufposten.

Herr Dr. Schmidt erfragte, was passiere, wenn sich herausstelle, dass diese Maßnahme kostengünstiger sei. Frau Nußbeck erläuterte, dass in einem solchen Fall immer ein Antrag auf Umwidmung der Fördermittel gestellt und mit einer neuen Maßnahme nachgekommen werden müsse. Eine automatische Zuordnung zum städtischen Haushalt sei nicht möglich.

Seite 667

UA 63000/HHSt. 96994

Ostrandstraße

Herr Dr. Schmidt nahm an dieser Stelle seinen Antrag auf Einstellung von 10 TEUR für private Denkmalpflege erneut auf und schlug als zweiten Deckungsvorschlag vor, die Mittel aus der Maßnahme Planung Ostrandstraße bereitzustellen.

Frau Jung, Abteilungsleiterin im Tiefbauamt, führte aus, dass nach VOF-Ausschreibung die Planungsleistungen vergeben und ordnungsgemäß gebunden wurden. Es handele sich hierum den Haushaltsrest. Im Nachhinein habe es sich herausgestellt, dass es erheblichen Abstimmungsbedarf mit den Denkmalbehörden zur Trassenführung gebe. Die Mittel, die in diesem Jahr im Haushalt veranschlagt seien, seien zum einen notwendig, um diese weiteren Abstimmungen vorzubereiten und zum anderen seien es noch Planungsmittel, um die Trassenführung der aktuellen Verkehrsentwicklungsplanung anzupassen.

Auf die Anfrage von Herrn Maloszyk zum betreffenden Bereich der Ostrandstraße bejahte Frau Jung, dass es den Bereich zwischen Friederikenplatz und Waggonbau betreffe. Bestandteil sei u. a. die Anbindung an die Oranienbaumer Chaussee, der Abschnitt 2. Muldebrücke und Fortsetzung jenseits des Schlachthofes – Ringschluss Nord.

Seite 667

UA 63000/HHSt. 94002

Umsetzung Verkehrsleitreechner

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt, was sich hinter dieser Position verberge, übergab Frau Nußbeck an Frau Jung. Frau Jung erläuterte, dass diese Maßnahme mit der Maßnahme Abriss des Gebäudes Am Wörlitzer Platz 2 in Zusammenhang stehe. Der Verkehrsleitreechner werde in Vorbereitung dieser Maßnahme in das Rathaus umgesetzt und umfasse die Herrichtung der Räumlichkeiten, der Sicherheitsmaßnahmen und der Umsetzung der Hardware, einschl. der Neuvernetzung.

Seite 673

UA 66000/HHSt. 96008

B 185 Mosigkau Kreuzung Hanfgarten

Auf Anfrage von Herrn Bönecke zum beabsichtigten Baubeginn führte Frau Jung aus, dass der geplante Baubeginn 2008 sein werde. Die Planunterlagen seien so abgestimmt, dass die Stadt den Antrag auf Plangenehmigung stellen werde. Danach werde die Ausschreibung vorbereitet.

Seite 675

UA 68000/HHSt. 93204

Erwerb von Grundstücken

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Schmidt, um welche Grundstücke es sich hier handele, erklärte Frau Wirth, dass eine Benennung der Grundstücke nachgeliefert werde.

Zum Einzelplan 6 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 7 – Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Seite 694

UA 79155/HHSt. 36100

Zuweisung vom Land für Revitalisierung Industriebrache ehemals Junkalor/Altener Straße

Auf Anfrage von Frau Lohde erläuterte Frau Wirth, dass es sich hier um die Fördermittel der zum Abriss der dort stehenden Gebäude handele. Die Stadt müsse vorher das Eigentum des Grundstücks erlangen. Die Fördermittel müssen vom Land kommen und derzeit ist es so beantragt, dass die Stadt für 300 TEUR die Fläche bereinigt bekomme, das Eigentum hätte und diese ganz oder teilweise vermarkten könne. Frau Lohde konkretisierte ihre Anfrage dahingehend, dass die darstellten Mittel für 2008 und 2009 von Interesse seien. Frau Wirth sagte eine entsprechende Nachlieferung zu.

Seite 697

UA 79170/HHSt. 93200 und 93202

Erwerb von Grundstücken für Flugplatz

Auf Anfrage von Herrn Bönecke erläuterte Frau Wirth, dass es sich hierbei um Grundstücke für Flutgräben handele. Genauere Informationen werden nachgereicht.

Zum Einzelplan 7 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 8 – Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen

Seite 704

UA 88001/HHSt. 34005

Einnahme aus Share Deal

Auf Anfrage von Frau Lohde erläuterte Frau Nußbeck, dass es sich hierbei um einen Fond zur Entschädigung für den Verkauf von kommunalem Eigentum handele. Frau Wirth ergänzte, dass dies mit der Übertragung des kommunalen Eigentums an die Treuhandgesellschaft nach der Wende zusammen hänge. Für das hier verkaufte kommunale Eigentum stehe der Stadt eine Entschädigung zu, die aus diesem Fonds gezahlt werde, wobei es sich hier um eine angenommene Einnahme handele, die von der Größe des Gesamtförderfonds und der vorliegenden Antragstellungen abhänge.

Seite 705

UA 88001/HHSt. 94028

Rückbau Klärgrube Ebertallee

Auf Anfrage von Herrn Dr. Schmidt erläuterte Frau Wirth, dass es sich hierbei um eine Grube mit enormen Abmessungen auf einem Grundstück in der Ebertallee handele, die im Zuge der Gefahrenabwehr gesichert werden musste.

Herr Tschada ergänzte, dass man vermutet habe, dass es sich hier um eine übliche Klärgrube handele. Beim Sichern bzw. Entsorgen des Inhaltes wurde festgestellt, dass die Grube weitaus tiefer war, als angenommen. Eine Eigentümersuche verlief ergebnislos.

Seite 705

UA 88001/HHSt. 98808

Zuschuss an IHK

Die Anfrage von Herrn Dr. Schmidt den Zuschuss an die IHK betreffend, werde im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beantwortet, so Frau Nußbeck.

Zum Einzelplan 8 wurden keine weiteren Anfragen vorgebracht.

Einzelplan 9 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Zum Einzelplan 9 wurden keine Anfragen vorgebracht.

3.1.2. Investitionsprogramm 2006 - 2015

Investitionsprogramm 2006 - 2016

Investitionsschwerpunkte Baumaßnahmen (Gruppierungen 94, 95, 96)

Seite 873

35. HHSt. 63000 – Erich-Weinert-Straße

36. HHSt. 63000 – Justus-von-Liebig-Straße

Herr Göricke nahm Bezug auf die in 2010 geplante Baumaßnahme Erich-Weinert-Straße und auf die in 2012 geplante Baumaßnahme Justus-von-Liebig-Straße. Er führte aus, dass für das Jahr 2008 die Baumaßnahme der B 185 geplant sei und es müsse dazu eine Umleitungsstrecke in der Ortslage Mosigkau ertüchtigt werden, zu der die beiden genannten Straßen zählen. Herr Göricke erklärte, dass es nicht nachzuvollziehen sei, weshalb hier finanzielle Mittel zusätzlich für die Ertüchtigung der Umleitungsstrecke ausgegeben werden sollen, wenn doch im Anschluss an die Baumaßnahme B 185 die Baumaßnahmen der Erich-Weinert-Straße und der Justus-von-Liebig-Straße folgen. Man müsse sich die Frage stellen, warum diese Investitionen nicht in umgekehrter Reihenfolge durchgeführt werden.

Frau Jung vom Tiefbauamt erklärte, dass es sehr schwierig sei, im Straßenbau Prioritäten zu setzen und diese dann auch in den Investplan einfließen zu lassen. D. h., es gebe einen weitaus größeren Bedarf an Investitionen im Straßenbau, auch im Anliegerstraßenbau, als man im Investplan darstellen könne. Die Justus-von-Liebig-Straße sei in der Vergangenheit, wie bekannt, immer schon für spätere Jahre eingeordnet, aber in der Priorität gleichrangig mit vielen anderen Straßen, so dass diese beiden Straßen in Mosigkau im Haushalt Kostengrößen seien, die für den Straßenbau veranschlagt wurden. Aber ob auch tatsächlich im Abgleich der aktuellen Prioritätenlisten im Jahr 2008 diese Maßnahmen vordringlich in den Haushalt kommen, sei letztendlich eine politische Entscheidung

Zur Frage der Umleitungsstrecke sei es so, dass für die beiden Mosigkauer Straßen bisher keinerlei Planungsvorlauf vorhanden sei, der es erlauben würde, die Straßen als Vorbereitung für die Umleitungsstrecken zu bauen. Die in Vorbereitung der Baumaßnahme B 185 benötigten beiden Umleitungsstraßen werden mit minimalem Aufwand hergerichtet.

Herr Göricke brachte zum Ausdruck, dass er sich mit dieser Aussage nicht zufrieden geben könne. Es wurden umfangreiche Vermessungsarbeiten in der Erich-Weinert-Straße vorgenommen, der Ortschaftsrat wurde aufgefordert, dem Fachamt eine schriftliche Erklärung zukommen zu lassen, um die Straßenbaumaßnahme B 185 vor dem Landesverwaltungsamt genehmigungsfähig werden zu lassen. Es ging hierbei um die Umleitungsstraßen und diesbezüglich Baumaßnahmen mit einem 1 Meter breiten Asphaltband zur Erweiterung des Straßenkörpers. Hier, so Herr Göricke, handele es sich in keiner Weise um minimale Aufwendungen.

Herr Dr. Schmidt schlug vor als Abschluss der Diskussion hierzu vor, diese Problematik in dem zuständigen Ausschuss für Bau, Stadtplanung, Vergabe und Umwelt zu erörtern.

Frau Nußbeck sagte eine Weiterleitung an den Ausschussvorsitzenden zu.

Investitionsschwerpunkte

Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen (Gruppierung 98)

Seite 8753. 46430 - Zuschuss an Behindertenverband Dessau e. V. für Abriss und Ersatzneubausowie Ausstattung KER Mosigkau

Herr Göricke nahm Bezug auf ein Gespräch bei Frau Nußbeck, wo es darum ging, diese Investitionen, die im Investplan 2005 für die Jahre 2009/2010 dargestellt waren, auf das Jahr 2008 vorzuziehen, um als Ortschaftsrat das ILEK-Programm nutzen zu können. Im vorliegenden Haushaltsplanentwurf sei diese in den Jahren 2010 und 2011 dargestellt und dazu erbat Herr Göricke eine Erklärung.

Frau Nußbeck führte aus, dass diese Maßnahme nicht eher darstellbar war. Im Übrigen treffe auch für dieses Konzept zu, dass dies vorher durch den politischen Raum diskutiert werden müsse. Momentan werde noch daran gearbeitet. Weiterhin seien die Fördermittelzusagen noch nicht vorhanden.

Herr Göricke akzeptierte diese Aussage so nicht. Hier solle eine Kindereinrichtung und damit Arbeitsplätze geschaffen werden und andere Maßnahmen, wie beispielsweise die Ringschule, werden ohne Fördermittelzusagen bzw. fehlende Richtlinien trotzdem zeitnah in den Haushalt eingestellt.

Frau Wirth erläuterte, dass es innerhalb der Kindereinrichtungen auch eine Prioritätenliste gebe, die vom Fachamt zugearbeitet wurde. Bei der Aufstellung dieses Investprogramms spiele dann natürlich auch eine Gewichtung der Mosigkauer gegen die anderen städtischen Einrichtungen eine Rolle. Das Ergebnis sei dann nicht immer das Gewünschte.

Herr Wolfram erklärte, dass er sich dieser Problematik nochmals annehmen werde.

Herr Dr. Schmidt erfragte unter Bezugnahme auf die Anfrage zur Kindereinrichtung Mosigkau, ob es eine Prioritätenliste für Kindereinrichtungen gebe. Wenn ja, dann schlage er vor, dem Fachausschuss, hier dem Jugendhilfeausschuss, dieses Problem nochmals vorzulegen.

Herr Wolfram bestätigte, dass der Jugendhilfeausschuss hieran beteiligt war. Er werde, wie schon zugesagt, sich dieser Problematik nochmals annehmen.

Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2006 bis 2010Seite 885HHSt. 94000 Projekte Ortschaftsräte

Eine weitere Anfrage von Herrn Göricke bezog sich auf die Finanzausweisungen für die Ortschaftsräte ab dem Jahr 2008, 2009, 2010. Er erbat eine Erklärung für diese enormen Kostenzuwächse gegenüber dem Jahr 2007.

Frau Wirth erläuterte, dass dieser Zuwachs in 2008 daraus resultiere, dass die Ortschaften Rodleben und Brambach einen Teil der Mittel umsetzen haben und einen Teil noch nicht. Frau Nußbeck ergänzte, dass es sich um das Budget aus dem Gebietsänderungsvertrag handele.

Frau Lohde brachte folgenden Haushaltskonsolidierungsvorschlag vor:

- Verkauf des Objektes Ferdinand-von-Schill-Straße 8 nach Verkehrswertgutachten und Verwendung des Verkaufserlöses zur Kredittilgung.

Frau Nußbeck nahm diesen Vorschlag als Haushaltskonsolidierungsvorschlag auf.

Weitere Anfragen wurden nicht vorgebracht.

Dessau, 30.08.07

Sabrina Nußbeck
Vorsitzende Ausschuss für Haushalt und Finanzen

J. Düring
Schriftführer